

„Niemand hat Interesse an einem Staatsstreich“

In den letzten Wochen haben sich die schlechten Nachrichten aus Guatemala überstürzt. Korruptionsfälle, Menschenrechtsverletzungen, die zunehmende Wirtschaftskrise sind nur einige der Dauerbrennerthemen in den Medien. Die Regierung verliert nach einem für sie recht positiven Ausgang des Treffens mit der Konsultivgruppe im Februar in Washington täglich an Glaubwürdigkeit – sowohl im In- wie auch im Ausland. Gerüchte über einen möglichen Staatsstreich machten die Runde. Im folgenden Interview beschreibt Oscar Azmitia von Prodesa, wie er die letzten Wochen in Guatemala erlebt hat und skizziert mögliche Alternativen, um aus dem politischen Schlamassel herauszukommen. Prodesa ist eine Nichtregierungsorganisation, die Projekte im Bereich Entwicklung und Erziehung begleitet, die sich speziell an die Mayabevölkerung richten.

Frage: Du warst noch vor wenigen Tagen in Guatemala. Wie ist die Stimmung dort?

Oscar Azmitia: Obwohl die Friedensabkommen keine wirkliche Veränderung im Land bewirkt haben, muss man anerkennen, dass ein gewisse Ruhe eingekehrt ist, dass die Menschenrechte mehr geachtet werden und dass es mehr Spielraum für politische Beteiligung gibt. Sowohl die Regierung von Alvaro Arzú wie diejenige von Alfonso Portillo haben die Friedensabkommen als Staatsabkommen anerkannt, doch keiner von beiden hat sie als Grundlage für sein Regierungsprogramm genommen. Dies ist, kurz zusammengefasst, der Hintergrund der aktuellen Situation. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Mehrheit der Abkommen noch nicht umgesetzt ist.

Es gab auch schon während der Regierungszeit Arzú schwierige Momente, aber das Klima, das in den letzten Monaten herrschte, gibt Anlass zur Sorge. Zum einen sind mehrere Korruptionsfälle auf Regierungsebene bekannt geworden und zum andern haben die Menschenrechtsverletzungen drastisch zugenommen. Ein jüngstes Beispiel ist der Überfall auf das Büro von AVANSCO, wenige Tage nachdem die Organisation eine Studie über die FRG-Machtstrukturen auf Gemeindeebene veröffentlicht hatte. Oder die Drohungen gegen Bischof Ramazzini und der Überfall auf sein Büro sowie die Ermordung eines wichtigen Zeugen im Fall der staatlichen Druckerei, in den der Vizepräsident involviert ist. All das hat eine Stimmung von Angst hervorgerufen, Angst davor, in die Vergangenheit zurückzukehren.

Die Fälle von Korruption sind zwar unverständlich und nicht zu rechtfertigen, aber Korruptionsfälle gab es auch schon in früheren Regierungen. Doch was wir im Moment erleben, ist schon ein ziemlicher Rückschritt und die Zivilgesellschaft ist sehr beunruhigt und macht sich Gedanken darüber, was für Konsequenzen das haben wird. Es ist schwierig, sich angesichts der Korruption, des Machtapparates des Drogenhandels, in den viele ehemalige Militärs involviert sind, eine Lösung vorzustellen, die in einem institutionellen und demokratischen Rahmen liegt. Niemand möchte sich einen Staatsstreich als Ausweg aus

der aktuellen Situation vorstellen, aber irgendwelche Alternativen muss man sich überlegen.

Frage: Wer steckt Deiner Meinung nach hinter den Drohungen?

O.A.: Ich bin kein politischer Fachmann, um eine tiefgreifende Analyse zu machen, aber die allgemeine Meinung ist, dass hinter diesen Drohungen eine sehr starke Parallelmacht steckt: die Macht der Drogengelder. Hinter dem Drogenhandel stecken häufig Ex-Militärs. Laut Otto Pérez Molina, selber ein Ex-Militär, der diese Institution von innen kennt, sind es Leute wie Ortega Menaldo (siehe ¡Fijáte! 256), Salam Sánchez, (zuständig für Portillos persönliche Sicherheit) und Napoleón Rojas, die diese Parallelstrukturen leiten. Die Frage ist, welches Interesse sie haben, die Regierung zu destabilisieren, auf die sie doch eigentlich einen ziemlichen Einfluss ausüben? Ich glaube, dass sie einfach die Kontrolle über diese Parallelstrukturen verloren haben und die Sache ihnen aus den Händen gleitet. Aber im Grunde genommen sind sie verantwortlich für die Drohungen gegen und Ermordungen von MenschenrechtsaktivistInnen.

Frage: Wie war die Stimmung in der Hauptstadt während der letzten Wochen?

O.A.: Die Stimmung war von Angst geprägt. Vor allem unter Menschenrechtsorganisationen und sozialen Organisationen spürte ich eine grosse Angst, dass die Vergangenheit sich wiederholt.

Frage: Trifft dies nur auf die Organisationen zu, oder ist diese Angst auch unter den ‚gewöhnlichen‘ BürgerInnen zu spüren.

O.A.: Die ‚gewöhnlichen‘ BürgerInnen sind vor allem mit ihrem täglichen Überleben beschäftigt. In ver-

schiedenen Umfragen kam eine gewisse Müdigkeit zu Tage, Portillo und Ríos Montt schneiden beim Volk immer schlechter ab. Aber es sind schon vor allem Leute in der Hauptstadt, aus der intellektuellen Elite, die sich ernsthaft Gedanken über die politische Dimension der Krise machen. Damit will ich aber nicht sagen, dass das Volk nicht die Stärke hat, Widerstand zu leisten, es leistet täglich Widerstand, trotzdem sehe ich keine Anzeichen eines organisierten Widerstands.

Frage: Als die Existenz von Portillos und Reyes López' Konten in Panama bekannt wurde, hat sich eine Protestbewegung mobilisiert. Wer steckt hinter dieser Bewegung?

O.A.: Die Demonstration wurde von der *Zivilen Bewegung für Frieden* organisiert. Für die Presse sind Alvaro Colom und Otto Pérez Molina die Anführer dieser Bewegung. Alvaro Colom ist der Ex-Kandidat fürs Vizepräsidentenamt der Allianz Neue Nation, und Otto Pérez Molina ist ein Militär, der zur Zeit des Staatsstreichs von Serrano ziemlich erfolgreich die Parallelmacht des Militärs zu neutralisieren vermochte. Ihrem Aufruf haben sich Leute der Allianz gegen Straffreiheit und anderer Organisationen angeschlossen, aber sie wurden in der Presse nicht gross erwähnt. Dies hat den Eindruck hinterlassen, dass die ganze Bewegung eine wahlpolitische Absicht verfolgt was wiederum eine gewisse Diskreditierung und eine Art ‚Nicht-ernst-nehmen‘ der Volksbewegungen und sozialen Organisationen zur Folge hatte. Grundsätzlich finde ich solche Art von Widerstand gut und wichtig für Guatemala, aber ich glaube nicht, dass sich unsere Regierung gross davon beeindrucken lässt.

Frage: Weshalb waren es nicht breitere Bündnisse, wie zum Beispiel die Gruppe Barometer oder das Foro Guatemala, die zu diesen Protesten aufgerufen haben?

O.A.: Diese beiden Gruppierungen arbeiten anders: Die Taktik des Foro Guatemala liegt eher in der Analyse und im Dialog. Sie versuchen, auf der Basis der Friedensabkommen umsetzbare Alternativen vorzuschlagen. Die Gruppe Barometer definiert sich selber als eine Art ethisches Gewissen der Nation.

Frage: Und weshalb waren es nicht die Volksbewegungen oder die Oppo-

sitionsparteien, z.B. die URNG, die zu den Protesten aufriefen?

O.A.: Die URNG und die Volksbewegungen haben ihre eigene Basis, die sie ja auch immer wieder mobilisieren können. Dass es jetzt genau dieses Bündnis war, das zur Demo aufgerufen hat, ist wohl eher zufällig und der Aufruf ging ja auch an die Basis der URNG und der Volksbewegungen. Ich selber konnte nicht hingehen, aber ich habe gehört, dass an der ersten Demonstration sehr wenig Leute aus den Volksbewegungen teilgenommen haben, sondern dass es eher Leute aus der Mittelklasse waren. Ganz zuhinterst lief eine Gruppe Indígenas mit. An der zweiten Demo war die Beteiligung insgesamt sehr gering. Ich glaube, man kommt immer mehr zum Schluss, dass Demonstrationen, auch wenn sie von der Presse relativ gut abgedeckt werden, nicht das adäquate Mittel sind, um bei dieser Regierung etwas zu erreichen. Die Regierung kümmert sich überhaupt nicht darum und ist fähig, am nächsten Tag eine viel grössere Demonstration einzuberufen. Es kümmert sie viel mehr, wenn z.B. die Gruppe Barometer versucht, Kontakt zu den internationalen Geldgebern aufzunehmen oder zu Personen innerhalb der Regierung, die nicht zufrieden sind damit, wie die Dinge heute laufen, oder wenn sie im konstitutionellen Rahmen und innerhalb des Kongresses nach alternativen Regierungsformen suchen. Demonstrationen sind in gewissen Momenten gut und notwendig, aber nicht immer.

Frage: Wo siehst du den CACIF in diesem Szenarium?

O.A.: Der CACIF hat eine enorme Macht und nennt sich selber die einzige Oppositions-‚Partei‘ in Guatemala. Und ich glaube, das stimmt sogar. Der CACIF steht in der Opposition und hat es trotzdem geschafft, die Privilegien der UnternehmerInnen zu schützen. Aktuell geht es beim CACIF vielmehr darum, zu entscheiden, auf welchen Kandidaten er bei den nächsten Wahlen setzen will. Wie es aussieht, sind das im Moment Alvaro Colom und Otto Pérez Molina. Ich habe das Gefühl, es gibt einen neuen Typ von UnternehmerInnen, der weniger ‚roh‘ ist - roh im kapitalistischen Sinne. Das heisst, sie sind bereit, Steuern zu bezahlen, sie sind bereit, sich zu einem Dialog mit der Zivilgesellschaft hinzusetzen. Es gibt auch UnternehmerInnen, die in der

Gruppe Barometer sind. Vielleicht bin ich naiv, aber ich habe wirklich den Eindruck, dass es UnternehmerInnen gibt, die ernsthaft Veränderungen anstreben. Insofern bin ich auch überzeugt, dass der CACIF nichts mit den Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen zu tun hat.

Frage: Glaubst Du nicht, dass es etwas zu gutgläubig ist, so viel Vertrauen in den CACIF zu haben?

O.A.: Ich gebe zu, dass das gefährlich werden kann. Aber es ist an der Zeit, dass wir begreifen, dass die Unterzeichnung der Friedensabkommen der erste Schritt einer Annäherung der verschiedenen Sektoren war. Es ist ein Irrtum, sich immer nur mit Gleichgesinnten auszutauschen, das ist eine Art intellektueller Inzest. Wir müssen uns den anderen Sektoren gegenüber öffnen, Brücken bauen zu ihnen! Klar laufen wir damit Gefahr, dass es Leute der Privatwirtschaft gibt, die das ausnutzen werden, aber wir müssen beginnen, mit ihnen zu sprechen in der Hoffnung, etwas an ihrer Einstellung verändern zu können. Vielleicht können sogar wir etwas von den UnternehmerInnen lernen für unsere Arbeit! Dabei darf man aber nie vergessen, woher man kommt, mit wem man verhandelt und wofür man kämpft.

Frage: Es gab bzw. gibt Gerüchte über einen möglichen Staatsstreich. Was würde das für Guatemala bedeuten?

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntätiglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

O.A.: Ich glaube nicht, dass irgend jemand wirklich Interesse an einem Staatsstreich hat, nicht einmal die Militärs sehen darin eine Alternative. Ein Staatsstreich würde von niemanden, auch nicht von den Vereinigten Staaten, unterstützt. Klar denkt man in Momenten der Verzweiflung oder der Frustration daran, aber eine Alternative ist es sicher nicht. Denn was würde geschehen? Wenn Portillo gestürzt würde, übernimmt entweder der Vizepräsident, Reyes López die Macht oder Kongresspräsident Ríos Montt und beide wären noch viel schlimmer als Portillo. Es gibt aber auch AnalytikerInnen, die die Absetzung des Vizepräsidenten als eine mögliche Lösung sehen. Diese Leute gehen davon aus, das Portillo an sich gar nicht so schlecht wäre, dass ihm aber die FRG, und speziell der Vizepräsident, keine

Chance lässt zum Regieren. Ich weiss es nicht.... manchmal denke ich, irgend ein Journalist oder ein auch nur ein bisschen politisch denkender Mensch würde es besser machen als diejenigen, die uns heute regieren.

Aber ob wir wollen oder nicht, diese Regierung wurde legal gewählt. Die Bevölkerung hat an sie geglaubt und es geht jetzt nicht darum, sie zu diskreditieren, das machen sie selber schon genug. Es geht wirklich darum, im legalen und demokratischen Rahmen alternative Lösungen zu finden.

Frage: Was wird in den nächsten Monaten geschehen?

O.A.: Ich habe immer noch Hoffnung. Ich glaube daran, dass es Alter-

nativen gibt und es ist die Herausforderung der Zivilgesellschaft, Alternativen zu erarbeiten. Es gibt Leute, die sich Sorgen machen, die Vorschläge erarbeiten. Wir müssen uns mit der internationalen Gemeinschaft zusammenschließen, um die Regierung unter Druck zu setzen, wir müssen den Dialog suchen. Das ist nicht einfach und ich habe immer wieder auch persönliche Widerstände, mich mit gewissen Leuten der Regierung an einen Tisch zu setzen. Aber wir müssen etwas machen und unsere Hoffnung aufrechterhalten. Die Leute, die Hunger haben, die Leute, die von der Nicht-Umsetzung der Friedensabkommen betroffen sind, haben die Hoffnung, dass sich etwas verändern wird. Doch wir können nicht nur hoffen, wir müssen auch dafür kämpfen, dass sich etwas verändert.

23. März 1982 – 23. März 2002

Aus Anlass des 20. Jahrestages des Putsches gegen Lucas García, der Ríos Montt, dem jetzigen Parlamentspräsidenten das erste Mal offiziell die Bühne für seine Selbstinszenierung freigab, veröffentlichte die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) folgende Denkschrift, die auf der einen Seite Besorgnis erregt, auf der anderen Seite jedoch auch die Hoffnung hegen lässt, dass das guatemaltekeische Volk, durch die Vergangenheit geprägt, rechtzeitig Massnahmen ergreift, aktiv wird und sich gegenüber den Mächtigen an ihrer Spitze zur Wehr setzt.

Am 23. März 1982 um 17:00 Uhr wird offiziell der erfolgreiche Staatsstreich gegen den Diktator Fernando Romeo Lucas García verkündet, der sowohl durch das Verbluten Tausender StaatsbürgerInnen als auch den Raub der Staatskassen ausgelöst worden war.

Derjenige, der vor den Fernsehkameras erschien, war General Efraín Ríos Montt an seiner Seite Politiker wie Vinicio Cerezo und andere, an denen traurige Erinnerungen hängen. Seine Botschaft war, dass sich von nun an alles ändern würde, und dass die aktuelle Bewegung, die von jungen Militärs initiiert worden war, dem Zerfall, der Regierungsunfähigkeit, den Menschenrechtsverletzungen und der Korruption ein Ende setzen würde.

Ein Gefühl der Gelassenheit hielt Einzug in die Gesellschaft, die demjenigen vertraute, der acht Jahre zuvor Präsidentschaftskandidat der Linken gewesen war. Doch aller Optimismus wurde sogleich zunichte gemacht. Die Menschenrechtsverletzungen intensivierten

sich in der Weise, dass innerhalb von 16 Monaten unter der ríosmontt'schen Regierung 15 Tausend Menschen brutal ermordet wurden oder verschwanden und 440 Gemeinden von der Landkarte verschwanden, was später als "Politik der verbrannten Erde" in die Geschichte einging.

Hunderte von Studierenden, Universitätslehrenden, GewerkschaftlerInnen, SiedlerInnen und StädterInnen wurden Opfer der Menschenrechtsverletzungen, die zum großen Teil bis heute ununtersucht bleiben.

Der sich zu einem Diktator wandelnde Ríos Montt ernannte sich selbst zum Präsidenten der Republik, zum Verteidigungsminister und zum Generalstabschef der Armee. Die voneinander getrennten Funktionen der Legislative konzentrierten sich so in seinen Händen, denen willkürliche Gesetze jeglicher Art entsprangen.

20 Jahre sind vergangen, und der Diktator lenkt seit inzwischen mehr als zwei Jahren erneut das Land. Das Guatemala des Jahres 2002 unterscheidet sich nicht sehr von dem von 1982. Die Menschenrechtsverletzungen wiederholen sich, der Machtbereich der Zivilgesellschaft und diese selbst werden militarisiert, während sich Ríos Montt in seiner Position als Präsident der Legislative weiterhin für den Messias hält, der die Befugnis zum Regieren innehat, autoritär, überheblich und missbrauchend.

Doch besteht ein großer Unterschied zwischen 1982 und 2002: vor 20 Jahren gab es noch nicht so viele Korruptionsvorfälle wie sie in den heutigen Tagen registriert werden. Die, die regieren, widmen sich scham- und grenzen-

los der Tätigkeit, die Staatskassen zu plündern.

20 Jahre nach jenem Staatsstreich sind die Opfer der Menschenrechtsverletzungen und ihre Familien weiterhin dabei, Recht zu fordern und der Straflosigkeit Einhalt zu gebieten, doch genauso wie Ríos Montt erfreuen sich andere Militärs ihrer Freiheit, ihres Reichtums und ihrer Macht.

- Efraín Ríos Montt ist Präsident des Kongresses

- Juan Santa Cruz Cu, bekannter Völkermörder, ist Abgeordneter

- Luis Miranda Trejo, Menschenrechtsverletzer und Verantwortlicher für die Umsetzung der Politik der Verbrannten Erde in Huehuetenango, ist Direktor des Guatemaltekeischen Tourismusinstituts

- Byron Barrientos, angeklagt wegen Folter und Entführung, war Innenminister, als solcher angeklagt wegen Unterschlagung von 90 Tausend Quetzales, befindet sich in Freiheit und in der Position eines Abgeordneten

- Pedro García Arredondo, Menschenrechtsverletzer, ist Bürgermeister in einem der Gemeindebezirke von Santa Rosa.

Die Gruppe gegenseitiger Hilfe fordert anlässlich des 20. Jahrestags des besagten Putsches, der den Anfang einer langen und dunklen Nacht markiert, dass den Kriminellen des Volkes der Prozess gemacht wird und sie bestraft werden. Dass die Straflosigkeit ein Ende hat und sich für die GuatemaltekeInnen die Möglichkeit eröffnet, auf Wegen der Freiheit voranzuschreiten

Vetternwirtschaft wohin das Auge (und die Macht) reicht

Guatemala, 1. April. Laut einer Meldung der Tageszeitung *el Periódico* schuf der Exekutivsekretär des Präsidenten, Jorge Pérez, Nachfolger des Anfang Februar entlassenen Harris Whitbeck, eine neue Stelle in seiner Abteilung. Exekutivkoordinator heisst der neue Job und besetzt wird er von Josúe Vinicio Salán, Unternehmer, Ex-Leutnant und Bruder von Jacobo Salán Sanchez, dem ein wichtiger Einfluss auf Präsident Portillo nachgesagt wird (siehe Interview mit Oscar Azmitia). Die neue Abteilung verfügt über ein nicht unbescheidenes

Budget von 850 Mio. Quetzales, was der Summe entspricht, die Whitbeck zur Verfügung hatte, um nationalen Notständen zu begegnen, von denen der Präsident betroffen ist.

Josúe Vinicio Salán arbeitet seit 1992 für die Regierung, anfänglich als Mitarbeiter der staatlichen Rechnungsprüfungskommission in San Marcos. Im Jahr 2000 wechselte er ins *Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbauförderung*, damals noch geleitet von Luís Rabbé. In dieser Position verhalf er seinen Geschwistern Ja-

cobo und Myriam zu einem staatlichen Strassenbauauftrag von 66 Mio. Quetzales. Nach dem Skandal um den Einsturz der Villalobos-Brücke (Gutachten kamen zum Schluss, dass an Zement gespart wurde), trat Vinicio Salán zurück.

Menschenrechtsorganisationen äusserten sich beunruhigt über den Deal, durch den Vinicio Salán zu seinem Job kam. Mehr noch als über die Vetternwirtschaft, die ja nichts neues ist, sind sie besorgt über die schleichende Militarisierung und Einflussnahme der militärischen Parallelkräfte.

DOAN: Drogen und Akten verschwunden

Guatemala, 27. März. Laut dem International *Narcotics Control Strategy* Report der Vereinigten Staaten hat sich Guatemala in einen der Hauptschauplätze des Drogenverkehrs Richtung Nordamerika verwandelt. Jedes Jahr zirkulieren mehr als 300 Tonnen Kokain im Land des ewigen Frühlings, sowie an die 900 Mio. US-\$ für Import und Export von verbotenen chemischen Stoffen, die den DrogenhändlerInnen von Nutzen sind.

Im Bericht wird das seit Portillos Amtsübernahme rückläufige guatemalteckische Engagement beim Kampf gegen den Drogenhandel beklagt. Dabei spielt sicherlich auch die Tatsache eine Rolle, dass das *Departement für Antidrogenoperationen* (DOAN) der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) in den vergangenen knapp zwei Jahren acht Chefs hat kommen und wieder gehen sehen. Letzteres wohl jeweils aufgrund von "Anomalien", übliche Beschreibung von Korruption und ähnlichem.

In den letzten Wochen mehren sich wieder die Nachrichten über "ungewöhnliche Vorgänge" beim DOAN:

16 Agenten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, nachdem sie mit Gewalt in ein Dorf bei Livingston, Izabal, eingedrungen waren, wobei zwei Menschen umkamen und einer verschwunden ist (siehe ¡Fijáte! 253 und 254). Der

angebliche Todesschütze befand sich anschliessend auf der Flucht.

Inzwischen wurde bekannt, dass in der letzten Zeit 500 Akten über Militärs und Zivilisten aus dem Departement verschwunden sind, die Verbindung zu den "Drogenpaten" haben sollen. Diese Entdeckung hatte zur Folge, dass 150 Agenten des DOAN entlassen wurden. "Es handelt sich um eine richtige, beispiellose (...) Säuberung, denn wir können nicht zulassen, dass das DOAN in Händen von Korrupten ist", so der Polizeichef Luis Arturo Paniagua Galicia. Bei den Entlassenen handelt es sich um Agenten, die verdächtigt werden, das beschlagnahmte Geld und die Drogen zu behalten, bzw. die Drogenhändler bei ihren Operationen zu decken.

Der Aktendiebstahl habe jedoch keine negative Auswirkung auf die laufenden Untersuchungen in Bezug auf den guatemalteckischen Drogenhandel, da die nordamerikanische *Drugs Enforcement Agency* (DEA) parallele Dateien besitze, und zudem entsprechende Kopien auf Mikrofilmen im Safe der DOAN sicher lägen, meinte der Polizeichef weiter.

Insgesamt soll nun das Departement von ursprünglich 700 auf planmäßig 400 Agenten reduziert werden, "um die Funktionen zu zentralisieren und ef-

fizienter arbeiten zu können", so Innenminister Arévalo Lacs.

Im Rahmen der Untersuchungen anlässlich des Aktendiebstahls wurde nebenbei festgestellt, dass 3000 kg Kokain aus den Lagerräumen des DOAN verschwunden sind. Es war wohl jemand über das Dach des Gebäudes spaziert und hatte das Gleichgewicht verloren, was ein Loch ins Dach verursachte, wodurch der Einbruch bemerkt wurde. Die heruntergehängte Zimmerdecke war angehoben und einige Drogenpakete waren "verschwunden".

Die nordamerikanische Botschaft beobachtet das DOAN offensichtlich schon seit geraumer Zeit und schliesst nicht aus, dass der Diebstahl bereits vor zwei Jahren verübt wurde. Die ständig erneuerten Chefs der Abteilung hatten sich sicherlich keinen kontrollierenden Überblick über alle Drogenlager des DOAN machen können oder aber ihr Wissen zu persönlichen Gunsten genutzt.

Die Maßnahmen von Seiten der Botschaft der USA gegenüber des DOAN bestehen vorerst in der Konfiszierung von 10 Fahrzeugen, eine finanzielle Kürzung ist nicht geplant. Die Aussicht auf erneute Unterstützung ist an die Verbesserung der Bedingungen im DOAN gebunden.

Die 'Genderdimension' bei Entführungsfällen

Guatemala, 31. März. Frauen und Kinder sind die 'Lieblingsoffer' von EntführerInnenbanden: Von den in diesem Jahr insgesamt 27 (angezeigten) Entführungsfällen, betrafen 15 Frauen, 2 Jugendliche und fünf Kinder.

Die Erklärung dafür ist laut Staatsanwaltschaft, dass die Familien eher bereit sind, das Lösegeld für eine Frau zu bezahlen, weil die Vorstellung, dass eine

Frau leidet, weniger erträglich ist, als wenn die entführte Person ein Mann wäre. Auch ist offenbar das Fehlen einer Frau (Mutter) in der Familie einschneidender als wenn der Mann (Vater) fehlt.

Gemäss Ana María de Klein, Mitglied der *Besorgten Mütter*, sind Frauen als 'Opfer' verletzlicher. Die Sorge um ihre Familie macht sie fügbarer und das Er-

lebte hinterlässt grössere psychische Wunden als bei Männern.

Ein weiterer Aspekt ist, dass Frauen offenbar weniger bereit sind, nach ihrer Freilassung einen Prozess gegen die EntführerInnen anzustreben. Einerseits aus Angst, diese könnten sich an ihnen rächen, zum andern, weil keinerlei Garantie besteht, dass die EntführerInnen gefasst werden.

Pilotprojekt bringt Bandenchefs und Polizei an einem Tisch

Guatemala, 27. März. Um die weitverbreiteten Delinquenz in den Griff zu bekommen, nimmt das Programm "Gemeindepolizei" in Villa Nueva, Guatemala seit Beginn diesen Jahres Ideen und Erfahrungen aus Bogotá, Kolumbien und Sao Paulo, Brasilien auf.

Das Projekt hat zum Ziel, die Anführer der Maras *Salvatrucha* und *Mara 18* ("mara"= umgangssprachliche Bezeichnung der Jugendliquen), mit Polizisten an einen Tisch zu setzen, um ge-

meinsam in der Prävention von Verbrechen aktiv zu werden. In Villanueva, Amatitlán und Mixco, Bezirke der Hauptstadt, wurden entsprechende Vereinbarungen zwischen den Bandenchefs und Kommissaren der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) getroffen, was innerhalb der ersten vier Monate des Projekts bereits zu einer Verminderung der Gewalt in Villa Nueva um 22% geführt haben soll. Das Programm zielt zum einen darauf ab, den Verbrechern "eine Chance zu ge-

ben" und sie konkret in die Verbrechensbekämpfung mit einzubeziehen. Zum ändern soll es aber auch bei den Sicherheitskräften ein Umdenken bewirken, damit sie Bandenmitglieder nicht bloss wegen ihrer äusserlichen Erscheinung schikanieren und verhaften.

Das Projekt wurde u.a. vom Menschenrechtszentrum CALDH ins Leben gerufen und wird vom *Internationalen Institut für Menschenrechte* finanziell unterstützt.

Unterschiedliche Vorstellungen von 'ländlicher Entwicklung'

Guatemala, 22. März. "Mehr als die Hälfte der Guatemalteken lebt in Armut, ein Viertel in extremer Armut. Die Gründe dafür sind zahlreich und die Ursachen dafür sind die historischen Ausschlussmechanismen, die Ausbeutung und die Diskriminierung, die auch heute noch in der guatemalteken Gesellschaft verwurzelt sind." Soweit die einleitenden Worte von Daniel Pascual während der Präsentation des Dokuments *Vorschlag für die ländliche Entwicklung*, das die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG), der Öffentlichkeit vorstellte.

Nebst Vertretern der verschiedenen Campesinaorganisationen nahmen an der Veranstaltung auch Edgar Gutiérrez vom Sekretariat für strategische Analysen (SAE), der Bischof von San Marcos, Alvaro Ramazzini sowie VertreterInnen der Landwirtschaftskammer und von MINUGUA teil und stellten ihre jeweilige Sicht der Landproblematik dar.

Der allseits als fundiert gelobte Vorschlag der CNOG nennt einige grundsätzliche Aspekte, die für eine integrale Landreform unabdingbar sind: Die Indigenabeteiligung am Landkampf, die Geschlechtergleichheit und die Berücksichtigung der Rechte der Frauen bei der Erarbeitung von Entwicklungsmodellen, Demokratisierung und Regierbarkeit, der Schutz von Menschen- und Arbeitsrechten der BäuerInnen, die Einhaltung des

Sozioökonomischen Friedensabkommens und die Frage der Besitz- und Nutzungsrechte des Landes.

Pascual prophezeit, dass die Landbesetzungen und Hungersnot weitergehen, solange nicht eine integrale Landreform stattfindet, die auch Landenteignung und Änderung der bestehenden Gesetze beinhaltet.

Auch die *Landwirtschaftskammer* und der *Agroindustrielle Rat Guatemalas* legten kürzlich ihre Vorstellungen über die ländliche Entwicklung vor. Übereinstimmung besteht zum Vorschlag der CNOG darin, dass unter den heutigen Bedingungen die Möglichkeiten für Veränderungen ausgeschöpft sind, dass man 'ländlich' auch unter einem sozialgeographischen Aspekt verstehen muss und dass eine Entwicklung Richtung Diversifizierung und Industrialisierung notwendig ist.

Unterschiedliche Ansichten bestehen darüber, was Entwicklung überhaupt bedeutet und welche sozialen Prozesse dafür notwendig sind. Die Landwirtschaftskammer geht von einem Staat aus, der die Macht und die Verantwortung an den Handel und die UnternehmerInnen abgibt. Die CNOG ihrerseits fordert einen Staat, der seine soziale Verantwortung verstärkt wahrnimmt und Enteignung als staatliches Mittel nutzt, um der landwirtschaftlichen Unproduktivität etwas entgegenzusetzen.

Nebst dem notwendigen politischen Willen für eine integrale Landwirtschaftsentwicklung, bedroht das Klimaphänomen einen Teil dieses Prozesses, nämlich die Produktion von Getreide (Mais, Bohnen, Reis und Hirse). Laut Rafael Gonzáles, Koordinator des *Komitees für BäuerInneneneinheit* (CUC), hat die Klimaveränderung (extreme Trockenheit und ausgiebige Regenfälle sowie Überschwemmungen) einen spürbaren Rückgang in der Getreideproduktion zur Folge. Fachleute weisen darauf hin, dass bis zum Jahr 2007 die Getreideproduktion gänzlich verschwinden könnte, wenn diese Entwicklung weitergeht. Da in Guatemala rund 3,5 Mio. Menschen von der Getreideproduktion leben, hätte dies eine Zunahme der Armut sowie die Migration der Landbevölkerung in die Städte zur Folge.

Zu den klimatischen Problemen, die zum Rückgang der guatemalteken Getreideproduktion führen, kommt die Tendenz, immer mehr Getreide aus dem Ausland zu importieren. Studien haben ergeben, dass z.B. importierter Mais oft zweitklassig ist und eigentlich nur als Tierfutter oder für industrielle Zwecke verwendet werden sollte, im Gegensatz zum guatemalteken Mais, der Mais erster Klasse ist. Das Problem ist, dass Futtermais subventioniert wird und auf dem internationalen Markt billiger ist als der nationale Mais.

Hilfsbrigaden – staatliches Ferienprogramm

Guatemala, 1. April. Kein Aprilscherz: Die Regierung tut, was sie kann, um sich ins rechte Licht zu rücken - und scheut dafür auch keine Kosten: 200'000 Quetzales kostete das Programm *Hilfsbrigaden der guatemalteken Regierung*.

Anlässlich der Osterferien stellte sie unzählige Busse zum kostenlosen Transport der Bevölkerung an die Strände zur Verfügung. An bestimmten Streck-

kenpunkten konnten sich die Busfahrer diverser Serviceangebote erfreuen, und auch an sich selbst hat die Regierung gedacht: an den Ticketständen wurden nebenbei allgemeine Familiendaten erhoben, und mit Hilfe von Videos und Interviews mit den "UrlauberInnen" wurde potentiell Material für die nächste Wahlkampagne produziert.

William Mazariegos vom *Zusammenschluss der Elendsviertelbewohner-*

Innen (FREPOGUA), warnt die Bevölkerung davor, unbewusst zu Wahlzwecken missbraucht zu werden und hebt den moralischen Zeigefinger Richtung Regierung: Vergnügen sei zwar ein Menschenrecht, doch dürfe dabei nicht vergessen werden, dass sich das Land in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise befände und die Regierung auch hierbei eine Verantwortung wahrzunehmen habe.

IWF verabschiedet Abkommen mit Guatemala

Guatemala, 4. April. Seit Anfang diesen Monats besteht ein Abkommen zwischen Guatemala und dem *Internationalen Währungsfond* (IWF), durch das dem Land US\$ 105 Mio. aus diesem internationalen Topf zur Verfügung gestellt und US\$ 350 Mio. von Seiten der *Weltbank* und der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (IDB) in Aussicht gestellt werden.

Dieses Wirtschaftsprogramm, als "stand by"-Programm titulierte, wurde in Washington verabschiedet und gilt für die kommenden 12 Monate, nach Abschluss derer ein neues Abkommen beschlossen werden kann.

Zu den Vereinbarungen zwischen IWF und der Regierung Guatemalas gehören die Reduktion des Wirtschaftsde-

fizits auf 1,3% des BIP, eine Inflation zwischen 4 und 6%, was nach Aussagen von Lizardo Sosa, Präsident der Bank von Guatemala (BANGUAT) erreichbar ist, sowie ein Wachstum des Kreditvolumens an den Privatsektor von zwischen 10 und 12%. In einer Pressekonferenz bestätigten Sosa und Finanzminister Weymann, dass die verfügbaren Ressourcen des IWF nur genutzt werden würden, wenn die Notwendigkeit bestehe, zum Beispiel, falls durch einen drastischen Fall der internationalen Preise für Hauptexportgüter die Zahlungsbilanz Guatemalas ins Wanken geriete.

Der Beitrag der Weltbank und der IDB stehe ab dem Moment zur Verfügung, in dem der Kongress die Refor-

men bestimmter Finanzgesetze verabschiedete. Diese Gelder sind für die Armutsbekämpfung und die Modernisierung des Finanzsystems bestimmt.

Das verabschiedete Abkommen stellt eine wichtige Rückendeckung für die aktuelle makroökonomische Situation des Landes dar. Im genannten Zusammenhang wurden von internationaler Seite zudem Instruktionen zur Priorisierung und Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben gegeben. Ausserdem - man höre und staune - beinhaltet es die Begrenzung der Transaktionen der unterschiedlichen Etatzuweisungen.

Noch im April wird eine Abordnung des IWF nach Guatemala reisen, um den "Technikern" der Regierung die Funktion des Abkommens zu erklären.

Erste Ölraffinerie in Guatemala

Guatemala, 5. April. Zum ersten Mal kann das in Guatemala gewonnene Öl auch im Land selber weiterverarbeitet werden. Möglich ist das in der Ölraffinerie *El Motagua*, die in der Gemeinde San Augustin an der Atlantikstrasse liegt und in diesen Tagen ihren Betrieb aufnimmt.

In einer ersten Phase rechnet man damit, dass täglich 6'000 Barrel verarbeitet werden können, das Ziel ist, innerhalb vier Jahren die Produktion auf 30'000 Barrel täglich zu steigern. Längerfristig soll die Hälfte des guatemalteki-schen Treibstoffverbrauchs (Benzin und Diesel) abgedeckt werden. In *El Motagua* wird vor allem Öl verarbeitet, das vom Ölkonzern *Basic Resources* im Petén und in Alta Verapaz gewonnen wird. Die *Basic* fördert 95% des nationalen Ölvorkommens und exportiert davon jährlich 90% in die Vereinigten Staaten. Die restlichen 10% wurden bisher in Guatemala selber zu Asphalt verarbeitet.

Besitzerin der Ölraffinerie *El Motagua* ist eine Aktiengesellschaft, zu deren Hauptaktionären Hugo Ordóñez Porta, Mitglied des Herausgeberates der

Tageszeitung *el Periódico*, gehört. Im Mai 1999 wurde sein Bruder Edgar ermordet. Bis heute blieb dieser Mord un- aufgeklärt, doch geht man davon aus, dass er in einem Kontext stattfand, in dem Öl eine Rolle spielte.

Die zweite Phase des Projekts sieht den Bau eines Elektrizitätswerks vor, das mit einem Teil des raffinierten Öls betrieben werden soll. Die Idee ist, die gewonnene Energie an den Energieversorger DEORSA zu verkaufen. Ein dritter Bereich, in den *El Motagua* längerfristig einsteigen will, ist die Produktion von Düngemittel.

Das Projekt einer privat betriebenen Ölraffinerie ist zwanzig Jahre alt. Ursprünglich waren es die Militärregierungen von Romeo Lucas García und Ríos Montt, die ein solches Projekt vorschlugen. Lucas García 1991, als er die staatliche Ölfirma *PetroGuat* gründete und Ríos Montt 1983, mit der Gründung der staatlichen *PetGua*. Beide Projekte sehen eine eigene Raffinerie vor und beide scheiterten an der mangelnden Unterstützung seitens der Privatwirtschaft und der internationalen Ölmultis.

Hauptkritik war die staatliche Einmischung in den Handel, was als eine Bedrohung der freien Marktwirtschaft verstanden wurde.

Hier muss daran erinnert werden, dass man in den 80er-Jahren davon ausging, dass Guatemala über beachtliche Ölreserven verfügte, was dazu führte, dass ihm Fachleute den Spitznamen *Kuwait von Amerika* gaben. Das nationalistische Interesse der Militärregierungen tendierte darauf, dass das Land über genügend Reserven verfügte, um den Energiebedarf zu decken und in der Raffinerie der Treibstoff hergestellt werden könnte, den das Militär für seinen Aufstands-bekämpfungskrieg brauchte.

Kleines Detail im Zusammenhang mit der Eröffnung der Raffinerie *El Motagua*: Kaum wurde die Existenz von Scheinfirmen und Geldwäscherkonten von Präsident Portillo und Vizepräsident Reyes López in Panama bekannt, die offenbar für Ölgeschäfte gegründet wurden, hiess es, dass Reyes López ziemlich viel Geld in die Raffinerie *El Motagua* gesteckt habe - was dieser selbstverständlich bestreitet.

Wie der Vater, so der Sohn

Das erste Mal in der Geschichte Guatemalas will der Sohn eines Ex-Präsidenten in die Fußstapfen seines Vaters treten: Jacobo Árbenz Villanova, Sohn des 1954 gestürzten Ex-Präsidenten Jacobo Árbenz Guzmán hegt konkrete Pläne für eine Kandidatur im nächsten Präsidentschaftswahlkampf als Vertreter der sich derzeit bildenden Partei *Vereintes Guatemala* (Guatemala Uni-da).

Árbenz Villanova lebte bis zu seinem 8. Lebensjahr (und dem Sturz seines Vaters) in Guatemala, anschliessend in verschiedenen Ländern und seit 1978 schliesslich in Costa Rica. Vor wenigen Monaten ist er nach Guatemala zurückgekehrt.

"Die Liebe zu Guatemala und der Wunsch, Verbesserungen für das Land herbeizuführen" sind die Gemeinsamkeiten mit dem Vater. Die Differenzen be-

stehen darin, dass "er Militär war und ich nicht. Ich bin ein bisschen flexibler."

Der Sohn versteht sich als Demokrat. Weder links noch rechts identifiziert er sich mit der Einheit und "pragmatischen, konkreten Projekten" um einen Kapitalismus mit "menschlichem Gesicht" zu verfolgen. Als seine politischen Vorbilder nennt er Ghandi und Bolívar. Seine wirtschaftlichen Vorbilder sind Friedman und Hayek.